

## Kommentar

### Wählen mit 16

✍ Susanne Hennig-Wellsow

Mehr Demokratie, das ist ein wichtiges Ziel der LINKEN. In Thüringen haben wir bundesweit das beste Gesetz für direkte Demokratie in Kommunen beschlossen. Und wir haben entschieden, dass Jugendliche schon ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen mitbestimmen dürfen. Ein wichtiger Schritt, um die Demokratie zu stärken. Am 15. April stehen in unserem Freistaat Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen an. Die erste Gelegenheit für 16 und 17-jährige, ihr Kreuz zu machen. Als wir im Landtag die Senkung des Wahlalters beschlossen haben, waren CDU und AfD dagegen. Sie wollen nicht mehr Demokratie. Die rechtsradikale AfD ist nun noch einen Schritt weitergegangen. Sie hat das Thüringer Verfassungsgericht angerufen, um das Gesetz auszuhebeln und den Jugendlichen die Wahl zu untersagen. Die AfD hat so erneut bewiesen, wo sie steht: Auf der Seite der Demokratie-Gegner. Und sie hat gezeigt, was von ihren Sprüchen im Wahlkampf zu halten ist, wenn sie sich als Verfechterin direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild darstellt: Nichts. Die AfD ist eine elitäre Partei der radikalen Rechten. Sie will nicht mehr, sondern weniger Mitbestimmung. Sorgen wir mit einer hohen Wahlbeteiligung dafür, dass bei den Wahlen die Stimmen der Menschen gehört werden.

# Es geht um mehr als Blumen!

## Internationaler Frauentag: Wirkliche Gleichstellung ist das Ziel

**Seit 108 Jahren gibt es den internationalen Frauenkampftag. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sagte: »Am 8. März geht es um mehr als Blumen! Auch heute bleibt in Sachen Gleichstellung viel zu tun - von gerechter Bezahlung bis zur Frage, wie wir mehr Frauen für die Politik gewinnen können. Noch immer bekommen Frauen im Durchschnitt weniger Lohn für gleiche Arbeit und haben schlechtere Aufstiegschancen im Beruf, das muss ein Ende haben.«**

In öffentlichen Ämtern und in der Politik sind Frauen unterrepräsentiert – auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts. Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion sagte: »Wahlrecht alleine reicht nicht, wenn Gleichberechtigung in vielen Bereichen unserer Gesellschaft fehlt. Auf 100 Jahre Frauenwahlrecht können wir zurückschauen als einen erfolgreichen Kampf. Wir müssen aber auch nach vorne schauen, welche Kämpfe noch geführt werden müs-

sen.« Um zum Beispiel in Landesparlamenten und in der Kommunalpolitik künftig Gleichstellung zu erreichen, diskutieren die rot-rot-grünen Fraktionen im Landtag derzeit Möglichkeiten für gesetzliche Parität-Regelungen. Auch Ina Leukefeld, Sprecherin der Linksfraktion für Arbeits-

politik äußerte sich zum Frauentag: »Ich bin froh, dass eine junge Frauengeneration heranwächst, die den Internationalen Frauentag nicht nur feiern, sondern als Frauenkampftag auf neue Weise begehen und sich mit ihren berechtigten Forderungen Gehör verschaffen will.«



foto: © LINKSFRAKTION THÜRINGEN

## Absurdes Theater

### Staatsanwaltschaft Gera als verlängerter Arm Erdoğan's?

Am 6. März stand die Polizei vor einer Reihe von Wohnungen und Büros in Erfurt und im Landkreis Sonneberg. Die Staatsanwaltschaft Gera hatte Beschlüsse für Hausdurchsuchungen erwirkt. Das Ziel: Menschen, die sich für die Belange der Kurdinnen und Kurden eingesetzt und in dem Zusammenhang angeblich verbotene Symbole verbreitet haben sollen. Ein Ziel war auch die Erfurter Ortsgruppe der »Linksjugend solid«.

Zu der Durchsuchung erklärt Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende

der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: »Die Durchsuchung beim Jugendverband 'Linksjugend solid' war völlig unverhältnismäßig und rechtlich absurd. Ich fordere die Staatsanwaltschaft auf, das Verfahren um eine Lappalie umgehend einzustellen.«

Der Vorwurf ist offenbar, dass die Erfurter Gruppe des Jugendverbandes ein Facebook-Posting zur Ankündigung einer zugelassenen und öffentlichen Veranstaltung eines kurdischen Vereins geteilt haben soll. Die Staatsanwaltschaft hat in

den Räumlichkeiten der »Linksjugend« nichts beschlagnahmt, sondern nur zwei Screenshots der Facebook-Seite des Jugendverbandes angefertigt.

DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der kurdischen Bewegung, die für eine demokratische und solidarische Gesellschaft eintritt. Es sind Kurdinnen und Kurden, die unter anderem in Syrien unter hohen Opfern den menschenverachtenden islamistischen Terror bekämpfen – übrigens erhalten sie dabei auch Militärunterstützung des deutschen

NATO-Partners USA. Die kurdische Bewegung streitet für Demokratie, Freiheit, Frauenrechte und eine soziale Gesellschaft. Die Maßnahme der Staatsanwaltschaft Gera ist aus Sicht der Linksfraktion nicht gerechtfertigt.

Das jüngste Vorgehen mehrerer Staatsanwaltschaften gegen Symbole der nicht-verbotenen YPG, scheint ein Kniefall vor Erdoğan und seinem Regime in der Türkei zu sein. Die Staatsanwaltschaft Gera war bereits jüngst dadurch aufgefallen, dass sie ohne Not kirchliche Räume in Jena durchsuchen ließ.